

# **Aufruf der Religiös-sozialistischen Vereinigung und der Neuen Wege zum Referendum gegen die "Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht"**

Autor(en): **Zürrer, Hansheiri / Braunschweig, Hansjörg**

Objekttyp: **Postface**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **88 (1994)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Aus unseren Vereinigungen

## **Aufruf der Religiös-sozialistischen Vereinigung und der Neuen Wege zum Referendum gegen die «Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht»**

Die Religiös-sozialistische Vereinigung und die Zeitschrift Neue Wege rufen zum Referendum gegen das Bundesgesetz über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht auf. Sie ersuchen die Kirchen und alle engagierten Christinnen und Christen zu bedenken, was dieses fremden- und menschenfeindliche Gesetz ermöglichen soll:

– Ausländerinnen und Ausländer können auf blossen Verdacht hin bis zu einem Jahr inhaftiert werden, wenn sie Fremde ohne «Bleiberecht» sind

– die Fremdenpolizei der Kantone erhält die Kompetenz, diese Zwangsmassnahmen nach reiner Opportunität anzuwenden, was der Willkür Tür und Tor öffnen wird

– damit verbindet sich eine Kampfansage gegen das Kirchenasyl, das durch Ausschaffungshaft und Durchsuchung kirchlicher und anderer Räume vereitelt werden soll.

Es gibt kein einziges Argument für diese Zwangsmassnahmen, das einer ethischen Prüfung standhielte:

– Unter dem Vorwand, Drogendelikte zu bekämpfen, wird die Asylpolitik zu einer Asylabschreckungspolitik.

– Unter dem Vorwand zu vieler «krimineller Asylanten» können unbescholtene Menschen zu Haftstrafen in den – überfüllten – Gefängnissen verurteilt werden.

– Unter dem Vorwand angeblicher Verfassungsmässigkeit wird Fremden die persönliche Freiheit und die Unschuldsvermutung im Strafprozess aberkannt.

– Unter dem Vorwand, die Akzeptanz für «echte Flüchtlinge» zu erhalten, wird ihnen ein faires Asylverfahren erschwert, wenn nicht unmöglich.

– Unter dem Vorwand, Fremdenfeindlichkeit zu beschwichtigen, ist ein fremdenfeindliches Gesetz entstanden.

Als Christinnen und Christen sagen wir nein zur Fremdenfeindlichkeit, auch und gerade wenn sie sich die Form des Rechts anmasst. Unsere Solidarität gilt den Flüchtlingen, die mit uns zur einen Menschheitsfamilie gehören und daher auch das Recht haben, an unseren reich gedeckten Tischen Platz zu nehmen. Unsere Solidarität gilt aber auch den Armen im eigenen Land, die durch

ein Gesetz wie dieses von den wahren Ursachen ihrer Armut abgelenkt werden sollen.

«Die Gastfreundschaft vergesst nicht: durch sie haben ja einige, ohne es zu ahnen, Engel beherbergt. Denkt an die Gefangenen, als wäret ihr mitgefangen; denkt an die Misshandelten, denn ihr seid selbst noch in einem verletzlichen Leibe» (Hebr 13,2f.). Zürich, 9. Mai 1994

Religiös-sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz: Hansheiri Zürcher, Zürich  
Freundinnen und Freunde der Neue Wege:  
Dr. Hansjörg Braunschweig, Dübendorf

---

Ferienkurs 1994 der Religiös-sozialistischen Vereinigung vom 7. bis 12. August 1994 in Lucelle

## **«Innere Sicherheit» statt Reich Gottes – zum Umgang mit Angst zwischen Staatsgewalt und Glaube**

«Innere Sicherheit» ist ein modisch gewordenes politisches Schlagwort. «Reich Gottes» steht im Zentrum der biblischen Botschaft. Wie verhalten sich «innere Sicherheit» als ordnungspolitisches Konzept und Reich Gottes als ermutigende Verheissung für die Glaubenden? Dieser Frage wollen wir im Ferienkurs nachgehen. Dabei geht es uns um den Umgang mit Angst zwischen der Absicherung durch staatliche Gewalt und dem Vertrauen auf das Reich Gottes. Angst ist zwar lebensnotwendig, kann aber auch lähmen. Wir werden sowohl persönliche als auch politische Aspekte der Angst ansprechen.

Die Teilnehmenden können ihre Erfahrungen mit Ängsten einbringen. Miteinander und im Gespräch mit Fachleuten werden wir versuchen, das Verständnis von Angst aus psychologischer, politischer und theologischer Sicht zu klären. Dadurch sollen Wege zum Umgang mit persönlicher und politischer Angst aufgezeigt werden.

Wir werden jeweils am Vormittag an einem gemeinsamen Thema arbeiten. Nachmittags und abends haben wir die Gelegenheit zur persönlichen Verarbeitung und zu Gesprächen. Zudem bleibt uns Zeit, den elsässischen Jura und seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu geniessen.

Damit sich die Teilnehmenden etwas vorbereiten können, wird ihnen rechtzeitig ein «Reader» mit Texten zum Thema zugestellt.

Anmeldung: Dr. Irène Häberle, Michaelskreuzstrasse 1, 6037 Root. Hier ist auch ein detaillierter Prospekt erhältlich.